

die Kontinuität der Kirche mit dem Volk des Abrahambundes nicht so in Anspruch nehmen, daß dadurch in Frage gestellt wird, daß das zeitgenössische Judentum seine *eigene Kontinuität* mit dem alttestamentlichen Israel hat. „Diese unsere Solidarität mit dem jüdischen Volk ist nicht trotz, sondern wegen der Kreuzigung Jesu zu bejahen. Durch seinen Tod hat Jesus die Versöhnung mit Gott geschaffen, die Mauern zwischen den Menschen niedergerissen und ein Amt der Versöhnung gestiftet, das alle Menschen, Juden und Heiden, umfaßt.“ Solidarität mit dem jüdischen Volk gründe in Gottes unverdienter Gnade. Wenn wir Christen deshalb über Verwerfung und Glauben, Ungehorsam und Gehorsam so sprächen, „daß sich Verwerfung und Ungehorsam auf die Juden, Glaube und Gehorsam aber auf die Christen beziehen“, machten

wir uns nicht nur „des verächtlichsten geistlichen Hochmuts schuldig, sondern förderten auch „eine verderbliche Verleumdung“ und verwürfen damit „die Basis unserer eigenen Existenz: Gnade, Vergebung und Rechtfertigung“.

Die Kirche dürfe deshalb, weil die Existenz des jüdischen Volkes ein Beweis dafür ist, daß Gottes Gnade immer noch am Werk ist, „das Wort, das ihr anvertraut ist, die Taufe, die sie zu verwalten hat, und das Abendmahl, das ihr zu feiern geboten ist, nie als ihren eigenen Besitz betrachten, der ihr eine Überlegenheit über die Juden verschaffen würde. Die Kirche kann nur in Demut die Geheimnisse verwalten, die ihr Gott anvertraut hat — den gekreuzigten und auferstandenen Christus predigen, in seinem Tod taufen und seinen Tod verkündigen, bis daß er kommt.“

den Rängen die „Friends of Briton“, die Britischen Nationalisten, eine Minderheit nach der Art der NPD, lautstark vertreten. Sie forderten, daß man die Farbigen in England (etwa 5%) auf „humane Weise“ in ihre Heimatländer zurücktransportieren sollte. Als deutscher Beobachter fühlte man sich fatal an die Argumentations- und Verhaltensweise der Judenfeinde in Deutschland während des „Dritten Reiches“ erinnert — und damit allerdings erneut auch an die Schuld, die hier aufgehäuft ist.

Die Black-Power-Bewegung verlangte in einer sehr höflich verlaufenen und sehr eindrucksvollen Demonstration von sechs studentischen Vertretern, die auf der Konferenz selbst eine Deklaration vortrugen und übergaben, wirtschaftliche Gleichstellung und gleiche Chancen für alle. Sie nannten konkrete Zahlen ihrer Geldforderungen und der Reparationen, die in der Presse großes Aufsehen erregt haben. Sie stellten ein Ultimatum für die erwartete Antwort, die auch Zustimmung für strukturelle Änderungen in den Kirchen, vor allem in ihrem Finanzgebaren umfassen sollte. Sie sagten, die farbige Welt sei es leid, von der Kirche und den westlichen Gesellschaften mit Erklärungen und karitativer Hilfe abgespeist zu werden.

Rassen-Konsultation des Weltkirchenrates

Die Frage „Kirche und Rassismus“ ist in ein gefährliches Stadium eingetreten. Es hat zwar in den letzten Jahrzehnten nicht an kirchlichen Erklärungen aller Konfessionen zur Rassenfrage gefehlt, aber es fehlte der durchschlagende sichtbare Erfolg. Es ist ja nicht zu bezweifeln, daß die Kirchen eine ganz enge und keineswegs immer sachgerechte Beziehung zur Rassenfrage haben. Der Rassismus ist ein Weltproblem, das ganz oben in der Liste der Dringlichkeit unmittelbarer Lösungen steht. Die Rassenfrage hat Verbindungen zu den Fragen des Welthungers und der Entwicklungshilfe und in diesem Sinne zum Frieden in der Welt. Die Trennungslinie der Armen und Reichen läuft der sogenannten Farblinie fast parallel. Dabei geraten die Christen — vor allem die weißen Christen aus den Industrienationen — leicht auf die Seite der Reichen. Hier wird ihr Christentum auf die Probe gestellt.

Jahres eine Rassen-Konsultation in London durch, die von Uppsala 1968 her den Auftrag hatte, für die Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates, der im August 1969 in Canterbury zusammentreten wird, eine Vorlage zu erarbeiten. Auf dieser Tagung waren etwa 40 Delegierte und 20 Berater und Beobachter aus aller Welt versammelt, aus Europa, dem Mittleren Osten, Afrika, Asien, Australien, Nord- und Südamerika und Kanada, um nur die großen Gebiete zu nennen.

Die Tagung verlief dann doch anders als erwartet. Während sie akademisch begann mit Referaten in soziologischer, anthropologischer und theologischer Sicht, formierten sich die Kräfte von rechts und links zur *Aktion*. Sie stellten konkrete Forderungen. Als am Abend des 21. Mai der anglikanische Bischof *T. Huddleston*, der durch seine Bücher über Südafrika („Weine, du geliebtes Land“) bekannt ist, zusammen mit dem anglikanischen Laien *O. Tambo* aus Tansania, der Vorsitzender des African National Congress ist und den Bischof Huddleston als einen seiner besten Freunde bezeichnete, über das Thema „Rassismus als der größte Gegensatz zur Weltgemeinschaft“ in einer öffentlichen Veranstaltung im Church House, Westminster, sprechen wollte, waren auf

Vorwürfe an die Kirchen

Zur Illustration und Dokumentation seien einige Zitate aus der von der Black Power übergebenen Erklärung (in eigener Übersetzung) angeführt:

„Einige hundert Jahre haben weiße Christen das schwarze Volk gelehrt, demütig, sanft und gehorsam zu sein, ihren weißen Gott zu lieben und — vor allem — gewaltlos (non violent) zu sein, den ‚anderen Weg‘ zu wählen...“ „Während man predigte ‚Selig sind die Armen‘, haben weiße Christen wirtschaftliche Ausbeutung auf internationaler Ebene durchgeführt. Die Katholische Kirche war die führende Wirtschaftsmacht in Europa für 1000 Jahre. Heute kontrolliert sie die Wirtschaft von Italien. Katholische Familien kontrollieren das wirtschaftliche und politische Schicksal von 240 Millionen Südamerikanern.

In den Vereinigten Staaten beträgt das jährliche Einkommen der Prote-

Druck der Radikalen

Um zu ergründen, weshalb die bisherigen Erklärungen der Weltkirchenkonferenzen so wenig wirksam waren, führte der Ökumenische Rat der Kirchen unter Beteiligung römisch-katholischer Berater und Beobachter vom 19. bis 24. Mai dieses

stantischen Kirchen allein 3,6 Milliarden Dollar, das ist mehr als dreimal soviel wie der jährliche Profit von General Motors, der Welt größtem Wirtschaftsunternehmen. Die Katholiken sind zu ‚geistlich‘, um die Zahl ihrer Milliarden anzugeben. Die Kirchen kontrollieren große Wirtschafts-Unternehmungen, haben über 100 Milliarden Dollar in Realbesitz, Schulen, Universitäten, Krankenhäusern . . .“

Wenig später hieß es in der Erklärung „Reparationen sind gut. Jedes Volk braucht Land, Brot, gute Erziehung und gute Wohnmöglichkeiten. Aber wir müssen hinter dieses zurückgehen. Wir müssen die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Phänomene analysieren, die diese Nöte hervorbringen, bestimmen und aufrechterhalten.“

Die Kirchen waren aufgefordert, sich diesen sicherlich provokativen Anfragen zu stellen. Die Rassen-Konsultation in London hat es jedenfalls getan. Die Konferenz-Arbeit stockte, um eine Antwort zu suchen. Die geplanten Resolutionen und Berichte der Arbeitsgruppen konnten gar nicht mehr durchdiskutiert werden.

Feststellung anerkannter Schuld

Der Generalsekretär des Ökumenischen Rates führte in seiner Antwort Sätze aus den Arbeitspapieren der Konferenz an. Er sagte, daß die Konferenz viele Fragen als berechtigt anerkenne und sich schon vorher um eine Antwort bemüht habe: „Es war ebenfalls klar, daß der Begriff der ‚Reparationen‘ (der Wiedergutmachung), wie er in unseren Diskussionen gebraucht wurde, nicht allein die Betonung auf dem großen Mangel hat, der große Geldsummen erfordert, sondern ebenso die Feststellung der anerkannten Schuld für frühere Ausbeutung und, ganz besonders, die Zurückweisung jeder Spur von Paternalismus und Bevormundung in bezug auf diese Nöte, insofern als Reparationen die Tendenz haben müssen, ganz von denen kontrolliert zu werden, denen sie gegeben werden.“

Hier wurde jedenfalls deutlich, daß die Ökumene willens ist, die Rassenfrage gerade auch in wirtschaftlichem Zusammenhang neu zu bedenken. *W. Visser 't Hooft*, der Vorgänger von Blake, wies in seinem Vortrag in London darauf hin, daß die Ökumene diese heute entscheidende Seite des Problems in der Ver-

gangenheit zu lange übersehen hat. Gerade diese Frage richtet sich ja auch direkt an die westlichen Nationen, auch an Deutschland, wie der folgende Abschnitt in der Antwort von Dr. Blake zeigt: „Die erste andauernde wirtschaftliche Verpflichtung, die Menschen einander schulden, ist eine *gerechte Struktur der wirtschaftlichen Beziehungen*, beides, national und international, die voll die menschliche Solidarität und Würde aller Menschen, Rassen und Völker umschließt. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Strukturen lassen diesen Maßstab völlig vermissen, und es muß bekannt (confessed) werden, daß die Kirche in einem skandalösen Maße diese Lage nicht nur toleriert, sondern daß sie durch ihre Beziehung zu wirtschaftlicher Ungerechtigkeit profitiert hat. Dabei ist es Sünde und nicht nur Lähmung, unter der die Kirche in dieser Sache leidet. Vergangene Versäumnisse oder Verwicklungen und künftige Versprechungen können uns nicht aus unserer gegenwärtigen und dringenden gegenseitigen Verpflichtung entlassen, speziell in den Kirchen, angemessene gerechte Strukturen der wirtschaftlichen Beziehungen zu schaffen und zu lehren, ganz besonders sofort unsere eigenen Beziehungen zu den wirtschaftlichen Strukturen in Ordnung zu bringen.“

Hier nimmt die Antwort die berechtigten Forderungen, die sich vor allem an die Kirchen in den USA, in Großbritannien und in Europa überhaupt richten, auf. Die Antwort umschließt aber auch einige Korrekturen an der Darstellung der überreichten Erklärung: „In Ihrem Dokument findet sich eine Darstellung der Geschichte der Kirche, die viele wahre Feststellungen umschließt, aber wir sind sicher, daß Sie nicht von uns erwarten, daß wir Ihrer Sicht dieser Geschichte ganz zustimmen, noch Ihrer Darstellung der heutigen Kirche. Wenn wir aber glaubten, was Ihr Dokument über die Kirche sagt, wären wir schwerlich hier als Glieder der Kirche auf dieser Konsultation.“

Die Mitglieder der Konsultation aus den farbigen Ländern brachten es deutlich zum Ausdruck, daß die Erklärung der Black Power der Meinung von Millionen Menschen in der Welt entspricht, vor allem der jungen Menschen.

Die bereits von Generalsekretär Blake vorweggenommene Haltung

wurde in einer „Empfehlung“ der Konferenz an den Weltrat der Kirchen zusammengefaßt. Darin heißt es u. a., im Kampf gegen den Rassismus sollten die Kirchen notfalls auch Widerstandsbewegungen und revolutionäre Gruppen unterstützen, die eine wirtschaftliche oder politische Tyrannei abwehren. Der Ökumenische Rat solle seine Mitgliedskirchen ermutigen, wirtschaftliche Sanktionen gegen Körperschaften und Institutionen anzuwenden, die praktischen Rassismus treiben, und außerdem die Regierungen in diesem Sinne beeinflussen. Er solle sodann die Notwendigkeit von „Reparationsleistungen“ an ausgebeutete Menschen und Länder grundsätzlich anerkennen und zu ihrer Zahlung anhalten, da die Kirchen in die Ausbeutung verwickelt waren. Schließlich solle eine eigene Dienststelle geschaffen werden mit ausreichenden Mitteln, um den Rassismus zu bekämpfen (vgl. epd, 27. 5. 69). Der erste Erfolg blieb nicht aus. Die Vereinigten Presbyterianer der USA, denen auch E. C. Blake angehört, gaben auf ihrer gerade tagenden Generalversammlung in San Antonio (Texas) bekannt, sie würden sofort 150 000 Dollar für unterdrückte Minderheiten bereitstellen, und zwar als erste Rate einer größeren Summe von 50 Millionen Dollar (epd, 24. 5. 69). Man wird beobachten müssen, ob dieses gute Beispiel Schule macht.

Geteiltes Echo

Die Rhodesien-Erklärung der Konferenz, in der die britische Regierung aufgefordert wird, Rhodesien keine Unabhängigkeit zuzusprechen und auch vor gewaltsamem Druck nicht zurückzuschrecken, solange das Land nicht von der (schwarzen) Mehrheit regiert wird, fand in der Presse ebenso starken Widerhall wie die Pressekonferenz des Vorsitzenden der Rassen-Konsultation, des amerikanischen Senators *G. McGovern*, in der er unter anderem aus den Konferenzpapieren berichtete, daß die Kirchen gegebenenfalls, sollten alle anderen Initiativen scheitern, Widerstandsbewegungen unterstützen sollten, die auf die „Beseitigung politischer und wirtschaftlicher Tyrannei“ abzielen. Die Berichterstattung in der englischen konservativen Presse war durchgehend negativ. Man versuchte, das brennende Weltproblem auf die Frage einer „Theologie der Revolution“, mißverstanden als aus-

schließliche Frage nach brutaler Gewaltanwendung, abzuschieben.

Nach einer Umfrage der Londoner „Times“ wird in kirchlichen Kreisen Großbritanniens sogar mit einer Spaltung des Ökumenischen Rates an dieser Frage gerechnet, je nachdem der Zentralauschuß diese Anregungen, die sich allerdings alle schon im Bericht der Weltkirchenkonferenz von Uppsala 1968 finden, aufneh-

men oder ablehnen wird. Das ist eine Dramatisierung der Problematik, die in sich schon gefährlich genug ist. Das Echo auf die Konferenz und die Berichterstattung in der Bundesrepublik war und ist, soweit man das schon übersehen kann, demgegenüber eher positiv. Es scheint sich hier ein Durchbruch zur Akzeptierung der Rassenfrage als Weltproblem abzuzeichnen.

Die Rassenkonsultation in London hat jedenfalls die eine Erkenntnis erbracht: Wenn die Christenheit auf die Rassenfrage, die auch dem Westen ganz nahe ist, keine überzeugende Antwort der Tat findet, dann wird sich diese Frage an den Realitätswert des westlichen Christentums überhaupt stellen, wie es seit Uppsala geschieht.

Länderbericht

Chiles Revolution in Freiheit und die Krise der Christlich-Demokratischen Partei

Der letzte Parteikongreß der christlich-demokratischen Regierungspartei Chiles (PDC) Anfang Mai 1969 endete mit einem Eklat. Wegen unfairer Auseinandersetzungen trat zunächst der gesamte Parteivorstand zurück. Er hatte sich in den entscheidenden Punkten der Debatte (es ging dabei vor allem um die politische Strategie der Partei vor den Präsidentenwahlen — Sommer 1970 — und deren taktische Vorbereitung) auf die Seite der linksradikalen Rebellen geschlagen und für ein Wahlbündnis zwischen Christdemokraten und Kommunisten plädiert. Doch mit 233 gegen 215 Stimmen hatte sich noch einmal der „orthodoxe“ Parteiflügel um den Staatspräsidenten *Eduardo Frei* durchgesetzt. Der Parteivorstand wurde durch Vertreter der regierungstreuen Linie ersetzt. Die Partei wird also 1970 mit einem eigenen Kandidaten in den Wahlkampf ziehen.

Mit diesem Abstimmungsergebnis ist freilich nicht nur die *seit langem schwelende Existenzkrise* der chilenischen Regierungspartei vollends ans Licht gekommen und eine Abspaltung des radikalen Flügels eingeleitet. Auch der aussichtsreichste Anwärter des PDC um die Nachfolge Frei, *R. Tomic*, scheint aus dem Vorrennen um das höchste Staatsamt ausgeschieden zu sein. Tomic, bis vor kurzem Botschafter Chiles in Washington, hatte seine Kandidatur von einem Wahlbündnis mit den Kommunisten abhängig gemacht. Frei dagegen widerstand erneut wie schon vor den Parlamentswahlen im März dem Drängen der linksextremen Fraktionen seiner Partei, um weiter seine Linie der klaren Alternative des chilenischen Weges der „Revolution in Freiheit“ gegenüber rechten wie linken Extremisten verfolgen zu können.

Abspaltung des „sozialistischen“ Flügels

Drei Wochen später meldeten die internationalen Nachrichtenagenturen die endgültige Spaltung der Christlichen Demokraten. Unter Führung der prominenten PDC-Abtrünnigen, Senator *R. Gumucio* und *J. Chonchol*, wurde in Santiago eine Einheitsfrontbewegung (*Movimiento de Acción Popular Unitaria* — MAPU) konstituiert. 600 Delegierte, darunter die beiden Senatoren Gumucio und *A. Jerez*, ein Abgeordneter, fünf Bürgermeister, 28 Stadträte, ein großer Teil der abgespaltenen Jung-Christdemokraten, Mitglieder der „Iglesia Joven“

(Junge Kirche) und Vertreter linksradikaler Studentebewegungen, wählten Jacques Chonchol zum Generalsekretär der MAPU.

Chonchol war jahrelang Ideologe des „sozialistischen“ Flügels im Partido Demócrato Cristiano. Frei hatte den fähigen, heute 39jährigen Experten aus Kuba geholt, wo er im Auftrag internationaler Organisationen wie zuvor in Jugoslawien als Berater in der Agrarreform fungiert hatte. Chonchol, für den die Landreform eine Vorstufe der sozialen Revolution darstellte, wurde Direktor der Behörde für Landwirtschaftliche Entwicklung (*Instituto de Desarrollo Agropecuario*), der Planungsbehörde, der als mit der praktischen Durchführung beauftragte Agrarreforminstitut CORA unterstellt ist. Von ihm stammte der als *Chonchol-Plan* bekanntgewordene „Reporte Político Técnico“. Dieses sozialistische Wirtschaftsprogramm, in dem unter anderem die völlige Enteignung der Privatindustrie, die Aufhebung des Bankgeheimnisses (um Verflechtungen mit mächtigen Wirtschaftsgruppen kontrollieren zu können), die Verstaatlichung des größten Stahlkombinates und der Telefon- und Elektrizitätsgesellschaften gefordert wurden, hatte im Juli 1967 eine schwere Parteikrise heraufbeschworen, von der sich der PDC nie ganz erholte. Damals setzte sich der linke Flügel durch. Der Parteivorstand wurde unter dem Vorsitz Gumucios neu umgebildet, der Chonchol-Plan des „nichtkapitalistischen Wirtschaftsprogrammes“ angenommen. Gumucio, Mitbegründer des PDC, blieb aber nur ein halbes Jahr an der Parteispitze. Er trat im Januar 1968 mit dem gesamten Parteivorstand zurück. Wieder waren wirtschaftspolitische Regierungsprojekte der Anlaß. Diesmal hatte die Regierungspartei Frei ihre Zustimmung zum Gesetzesentwurf über die Schaffung eines Zwangssparfonds verweigert, nach dem ein Viertel der fälligen zwanzigprozentigen Lohnerhöhungen nicht ausbezahlt, sondern mit einer entsprechenden Arbeitgeberzulage in Staatspapieren für Investitionen angelegt werden sollten. Die Mehrheit der Delegierten lehnte eine Sanierung der Wirtschaft zu Lasten der Lohnempfänger ebenso ab wie eine vorgesehene Begrenzung der ständigen Arbeitskonflikte durch Verbot des Streikrechts für ein Jahr. Auch nach der Neubesetzung des PDC-Vorstandes (der Parteivorsitzende Gumucio wurde von *J. Castillo*, dem regierungstreuen ehemaligen Minister für Siedlungswesen, ab-